

V2134 Motion (Mitglieder GPK 2020/21) „Whistleblowing für Mitarbeitende der Gemeindeverwaltung“

Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

In der Parlamentssitzung vom 25. April 2021 wurde die Motion "Whistleblowing für Mitarbeitende der Gemeindeverwaltung" erheblich erklärt (Beilage 1). In der Parlamentssitzung vom 18.09.2023 wurde die Erfüllungsfrist bis zum 30.06.2025 verlängert, damit die Umsetzung der Motion innerhalb der Überarbeitung des Personalrechts umgesetzt werden kann.

2. Umsetzung

Das Schaffen der Reglementsgrundlagen für eine Whistleblowingstelle wurde innerhalb der Überarbeitung des Personalrechts im Art. 41a des Personalreglements und in die Artikel 27 b-d der Personalverordnung aufgenommen und wird per 1.1.2026 in Kraft gesetzt.

Mitarbeitende haben künftig die Möglichkeit, Missstände am Arbeitsplatz über eine unabhängige Anlaufstelle anonym zu melden.

Unter Missständen sind folgende Beispiele zu verstehen (nicht abschliessend):

- Interessenskonflikte
- Korruption/Bestechung
- Veruntreuung/Diebstahl/Betrug
- Bilanzdelikte/Urkundenfälschung
- Verstösse gegen den Datenschutz/Informationssicherheit
- Sonstiges wie Verhaltenscodex-Verstösse
- Unethisches Verhalten

Allfällige Missstände bei der Gemeinde können zu einem grossen Reputationsschaden und möglicherweise zu finanziellen Verlusten führen. Durch die Schaffung der Anlaufstelle wird bezweckt, solche zu vermeiden.

Die Anlaufstelle ist in der Ausübung ihrer Tätigkeit unabhängig und administrativ der Finanzkontrolle zugeordnet. Sie nimmt den Sachverhalt auf und prüft die Meldung auf ihre Begründetheit und erstattet der Finanzkontrolle zu Händen des Gemeinderats Bericht, gegebenenfalls mit empfohlenen Massnahmen. Der Gemeinderat muss entscheiden, ob er eine Massnahme anordnet oder nicht. Der Gemeinderat informiert die Anlaufstelle sowohl über beabsichtigte als auch über umgesetzte Massnahmen. Die Anlaufstelle unterbreitet dem Gemeinderat jedes Jahr einen Tätigkeitsbericht.

Selbstverständlich können Dinge, die nicht in Ordnung sind, auch weiterhin auf den vorhandenen Kanälen angesprochen werden (vor allem Gespräch mit vorgesetzten Personen, aufsichtsrechtliche Anzeige).

Die Reglementsgrundlagen lauten wie folgt:

Personalreglement

Art. 41a Meldung von Missständen *(neu)*

- ¹ Der Gemeinderat schafft eine unabhängige Anlaufstelle zur Prüfung von Meldungen von Mitarbeitenden über Missstände wie Verstösse gegen rechtliche Bestimmungen oder anderer Unregelmässigkeiten, welche die Mitarbeitenden im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit festgestellt haben.
- ² Mitarbeitende sind berechtigt, der Anlaufstelle Missstände zu melden.
- ³ In guten Treuen erhobene Meldungen stellen keine Verletzung des Amtsgeheimnisses gemäss Personalrecht der Gemeinde und keine Verletzung der Treuepflicht dar.
- ⁴ Wer in guten Treuen eine Meldung bei der Anlaufstelle erstattet, darf deswegen nicht im Arbeitsverhältnis benachteiligt werden.
- ⁵ Die Anlaufstelle hat gegenüber der Gemeindeverwaltung und den Gemeindeorganen das Recht auf Akteneinsicht und Auskunftserteilung.

Personalverordnung

Art. 27b Anlaufstelle für die Meldung von Missständen *(neu)*

- ¹ Die Anlaufstelle ist in der Ausübung ihrer Tätigkeit unabhängig.
- ² Administrativ ist sie der Finanzkontrolle zugeordnet.

Art. 27c Ablauf des Verfahrens *(neu)*

- ¹ Nach Eingang der Meldung
 - a) klärt die Anlaufstelle nach Möglichkeit die meldende Person über das Verfahren, ihre Rechte und Pflichten sowie die möglichen Konsequenzen einer treuwidrigen Meldung auf;
 - b) informiert die Anlaufstelle, falls sie dies als notwendig erachtet, umgehend kurz die Finanzkontrolle zuhanden des Gemeinderats über die Meldung. Bei mutmasslicher Betroffenheit der Finanzkontrolle tritt an ihre Stelle der Gemeindeschreiber oder die Gemeindeschreiberin;
 - c) nimmt die Anlaufstelle den Sachverhalt auf und prüft die Meldung auf ihre Begründetheit.
- ² Die Anlaufstelle erstattet der Finanzkontrolle zu Handen des Gemeinderats Bericht, gegebenenfalls mit empfohlenen Massnahmen.
- ³ Der Gemeinderat informiert die Anlaufstelle sowohl über beabsichtigte als auch über umgesetzte Massnahmen.
- ⁴ Wenn keine überwiegenden privaten oder öffentlichen Interessen entgegenstehen, erteilt die Anlaufstelle der meldenden Person Auskunft über die Erledigung.
- ⁵ Die Anlaufstelle unterbreitet dem Gemeinderat jedes Jahr einen Tätigkeitsbericht.

Art. 27d Schutz der meldenden Person *(neu)*

- ¹ Die Anlaufstelle untersteht dem Amtsgeheimnis. Sie behandelt die eingegangenen Meldungen vertraulich und so, dass möglichst keine Rückschlüsse auf die meldende Person gemacht werden können.
- ² Die Anlaufstelle bewahrt die Akten unter grösstmöglichen Datenschutz und Datensicherheitsmassnahmen auf.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgeschrieben.

Köniz, 25. Juni 2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Parlamentsantrag, Beantwortung

V2134 Motion (Mitglieder der GPK 2020/21) "Whistleblowing für Mitarbeitende der Gemeindeverwaltung"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Vorstosstext

1. Auftrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Parlament die Reglementsgrundlage für das Schaffen einer Whistleblowingstelle zu unterbreiten.

2. Begründung

Ziel des Whistleblowings

Die Gemeinde ist als öffentliche Institution einer hohen Glaubwürdigkeit, einer Vorbildfunktion und dem entgegengebrachten Vertrauen und Ansehen gegenüber der Bevölkerung verpflichtet. Missstände und Verstösse gegen rechtliche Vorgaben sowie unethisches Verhalten können zu einem grossen Reputationsschaden und möglicherweise zu finanziellen Verlusten führen.

Rahmenbedingungen

Mitarbeitende der Gemeindeverwaltung sollen die Möglichkeit haben, Unregelmässigkeiten und Missstände gegen rechtliche Vorgaben oder unethisches Verhalten, das sie in ihrem Arbeitsumfeld beobachten, einer unabhängigen Stelle melden zu können. Ihre Anonymität muss dabei gewährleistet sein. Sie dürfen deswegen im Anstellungsverhältnis nicht benachteiligt werden. Sie werden jedoch über die Ergebnisse der weiteren Abklärungen nicht informiert.

Eingereicht

6. Dezember 2021

Unterschrieben von 13 Parlamentsmitgliedern

Dominique Bühler, Roland Akeret, Franziska Adam, Adrian Burren, Heidi Eberhard, Ruedi Lüthi, David Müller, Andreas Lanz, Vanda Descombes, Iris Widmer, Katja Niederhauser-Streiff, Matthias Müller, Isabelle Steiner

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion erteilt das Parlament dem Gemeinderat einen verpflichtenden Auftrag (siehe Beilage 1 Motionsprüfung).

2. Ausgangslage

Whistleblower können ihrer Organisation und auch der Gesellschaft einen wichtigen Dienst erweisen. Die Organisation erhält die Chance, Missstände intern zu klären und proaktiv dagegen vorzugehen, bevor sie in der Presse landen, Strafen auf sich ziehen oder Imageschäden verursachen. Wird eine entsprechende Meldestelle errichtet, muss gleichzeitig den meldenden Personen Schutz gewährleistet werden. Dem Vertrauen der verschiedenen Anspruchsgruppen in Führung und Verwaltung ist unbedingt Rechnung und Sorge zu tragen.

In zahlreichen Kantonen, Städten und Gemeinden wurde bereits eine Meldestelle geschaffen, hier vergleichbare Beispiele:

Stadt Bern – die Meldestelle ist bei der bestehenden Ombuds- und Datenaufsichtsstelle angegliedert.

Stadt Thun – als Stelle wurde die Interne Revision ernannt.

Stadt Winterthur – die Stadt Winterthur teilt die Aufgabe in zwei Anlaufstellen auf. Als Meldestelle ist die Finanzkontrolle zuständig und für die Beratung der Mitarbeitenden gibt es eine Ombudsstelle.

Kanton Bern – die Meldestelle ist bei der Finanzkontrolle angegliedert.

Welche Missstände fallen unter "Whistleblowing"? - Kurz: Alle Aktivitäten, die per Gesetz verboten sind. Darunter fallen Straftaten, Diskriminierung oder Beweise für eine Vertuschung. Der Kanton Bern führt dazu folgende Beispiele auf:

- Interessenskonflikte
- Korruption/Bestechung
- Veruntreuung/Diebstahl/Betrug
- Bilanzdelikte/Urkundenfälschung
- Verstösse gegen den Datenschutz/Informationssicherheit
- Sonstiges wie Verhaltenscodex-Verstösse

Generell kann davon ausgegangen werden, dass die Anlaufstellen nicht mit einer grossen Anzahl Meldungen überhäuft werden. Der «Whistleblowing Report 2021»¹ widerlegt den häufig geäusserten Vorbehalt, dass Meldestellen vermehrt missbräuchlich genutzt werden könnten. In der Schweiz hatte nur jede 20. Meldung nicht wahrheitsgemässe oder verleumderische Inhalte.

3. Heutige Situation in der Gemeinde Köniz

Grundsätzlich unterstehen alle Mitarbeitenden der Gemeinde dem Amtsgeheimnis gemäss Personalreglement Artikel 41. Danach sind die Mitarbeitenden verpflichtet, über die Angelegenheiten zu schweigen, die ihnen in Zusammenhang mit der Arbeit zur Kenntnis gelangen und die nach ihrer Natur oder nach besonderer Vorschrift geheim zu halten sind. Ausnahmen im Rahmen von gerichtlichen Verfahren sind ebenfalls dort geregelt. Diese Verpflichtung bleibt auch nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses bestehen.

In der Personalverordnung Artikel 113 ist die externe Beratung – insbesondere bei sexueller Belästigung und Mobbing – geregelt. Es bestehen interne Merkblätter, in denen die Abläufe in solchen Situationen festgelegt sind und auf externe Beratungsmöglichkeiten hingewiesen wird. Die Personalabteilung wird in solchen Fällen rasch einbezogen.

Gibt es jedoch konkrete Anhaltspunkte über Missstände (Verletzung von rechtlichen Grundlagen oder andere Unregelmässigkeiten) in der Verwaltung, so gibt es heute keine unabhängige Meldestelle und keinen definierten Prozess.

4. Fazit

Der Gemeinderat anerkennt die Notwendigkeit der Errichtung einer Whistleblowingstelle für die Gemeindeverwaltung Köniz.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Personalstrategie 2021-2025 sind bereits einige Anpassungen des Personalrechts geplant. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass im Zuge dieser Arbeiten die Rechtsgrundlagen für eine Whistleblowingstelle erarbeitet werden können. Es gilt insbesondere zu klären, wo eine solche Meldestelle sinnvollerweise zugeordnet wird damit die Vorgaben bezüglich Unabhängigkeit sichergestellt werden können.

¹ Fachhochschule Graubünden in Zusammenarbeit mit der EQS Group AG

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird erheblich erklärt.

Köniz, 30.03.2022

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 20.01.2022



Cornelia Rauch
Stv. Gemeindeschreiberin
T 031 970 92 02
cornelia.rauch@koeniz.ch

Köniz, 20. Januar 2022 rc

V2134 Motion (Mitglieder der GPK 2020/21) "Whistleblowing für Mitarbeitende der Gemeindeverwaltung"
Formelle Prüfung der Motion

Gemäss der gemeinderätlichen Weisung 0.3 A 7 prüft der Gemeindeschreiber, ob der Gegenstand von eingereichten Motionen im ausschliesslichen Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates liegt. In diesem Fall käme einer Motion der Charakter einer Richtlinie zu.

Die reglementarische Grundlage in Art. 53 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Parlamentes:

Eine Motion verpflichtet den Gemeinderat, einen bestimmten Beschlusses- oder Reglementsentwurf vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen. Soweit der Gegenstand der Motion in der ausschliesslichen Kompetenz des Gemeinderates liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Mit der vorliegenden Motion wird der Gemeinderat beauftragt, dem Parlament die Reglementsgrundlage für das Schaffen einer Whistleblowingstelle zu unterbreiten.

Gemäss Art. 44 Gemeindeordnung beschliesst das Parlament den Erlass, die Änderung und die Aufhebung aller Reglemente und Pläne, die nicht nach besonderer Vorschrift einem anderen Organ vorbehalten sind.

Fazit: Mit der Erheblicherklärung dieser Motion erteilt das Parlament dem Gemeinderat einen verpflichtenden Auftrag.

Cornelia Rauch
Stv. Gemeindeschreiberin